

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Landwirtschaftliches Leitbild

Die FBP-Fraktion reichte im Landtag zwei Vorstösse ein

An der Landtagssitzung vom Mittwoch reichte die FBP-Fraktion zwei parlamentarische Vorstösse ein: Ein Postulat zur Erstellung eines landwirtschaftlichen Leitbildes für Liechtenstein sowie eine Interpellation über Schutz- und Sicherheitsmassnahmen bei der Lagerung und beim Transport gefährlicher Stoffe. Die beiden Vorstösse werden voraussichtlich anlässlich der nächsten Landtagssitzung an die Regierung überwiesen.

Mit dem Postulat soll die Regierung eingeladen werden, ein landwirtschaftliches Leitbild für Liechtenstein zu erstellen. Dabei sollen besonders die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktionsfläche, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, das Pachtproblem, Flächenbewirtschaftungsbeiträge und weitere Subventionen zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens, die Möglichkeiten und die Förderung des biologischen Anbaus, das Problem

der Futtermittelimporte sowie der mögliche Grad der Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten in Krisenzeiten untersucht werden.

Mit der Interpellation möchte die FBP-Fraktion Auskunft von der Regierung über folgende Fragen: Wo und in welchem Umfang werden in Liechtenstein gefährliche Stoffe gelagert? Wie sind diese Lager gesichert, und wer überprüft die Schutz- und Sicherheitsmassnahmen? Welche gefährlichen Stoffe werden auf der Strasse und auf der Schiene durch unser Land transportiert, werden diese Ladungen richtig und vollständig deklariert und sind sie genügend gesichert?

Die FBP-Fraktion begründet ihren Vorstoss mit einem Hinweis auf die Umweltkatastrophe, die von einem Basler Chemieunternehmen ausging. Angesichts dieser Ereignisse müssten die Schutz- und Sicherheitsmassnahmen überprüft und nötigenfalls sofort verbessert werden.

Keine Änderung für Wahlen 1987

VU-Motion über Neuregelung der Ausschlussgründe überwiesen

Für die Nominierungen der Gemeinderatskandidaten zu den Wahlen 1987 wird es keine Änderung gegenüber der heute geltenden Regelung geben. Die Motion der Vaterländischen Union (VU), die eine Liberalisierung der heutigen Ausschlussgründe herbeiführen möchte, wurde zwar mit den Stimmen der VU-Fraktion an die Regierung überwiesen, doch wird eine Neuregelung nicht für die Gemeindewahlen im Januar wirksam werden.

Nach dem Wortlaut der VU-Motion sollten künftig auch Personen dem Gemeinderat angehören können, die mit dem vierten Grade blutsverwandt (Cousin oder Cousine), verschwägert oder Ehegatten von Geschwistern sind. In der Begründung zu diesem Vorstoss heisst es, die im Gemeindegesetz enthaltenen Ausschlussgründe seien heute nicht mehr zeitgemäss und insbesondere nach der Einführung des Frauenstimmrechts zu eng gefasst.

VU-Fraktionssprecher Hermann Hassler wiederholte im Landtag diese Begründung und gab seiner Hoffnung

Ausdruck, dass diese Neuregelung bereits auf die kommenden Wahlen wirksam werden sollte. Allerdings meinte er einschränkend, der VU-Vorstoss umfasse keine zeitlichen Vorstellungen.

Grundsätzliche Bedenken gegen das Vorgehen der VU-Fraktion meldete FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann an, der darauf hinwies, dass die Inkraftsetzung für die Wahlen 1987 eine Dringlicherklärung verlange. Überdies würde die Referendumsfrist erst ablaufen, nachdem die Wahlvorschläge für die Gemeindewahlen bereits vorliegen müssten.

Einer Umwandlung der Motion in ein Postulat, wie dies FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann vorschlug und teilweise auch Unterstützung durch Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter erhielt, konnte der VU-Fraktionssprecher nicht zustimmen. Somit wurde die Motion, ohne Verpflichtung für die Regierung, eine Änderung bis zu den Wahlen 1987 vorzuschlagen, mit den 8 VU-Stimmen überwiesen.

Ausländerzahl hat sich erhöht

Die Zahl der Ausländer in unserem Land hat sich innert Jahresfrist um 2,4 Prozent oder um 244 Personen erhöht. Nach der Ausländerstatistik des Volkswirtschaftsamtes wurden gesamtthaft 9599 (9447) Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung und 889 (797) Personen mit Saisonbewilligung am 31. August 1986 registriert.

Mit einem Anteil von 40,6 Prozent an der Gesamtausländerzahl stehen die schweizerischen Staatsbürger nach wie vor an der Spitze, gefolgt von den Österreichern mit 21,9 Prozent, den Deutschen mit 10,6 Prozent und den Italienern mit 10,5 Prozent. Mit Ausnahme der Griechen, Jugoslawen und Türken weisen sämtliche Nationalitäten höhere Zahlen als im Vorjahr auf.

Von den 10 488 Ausländern (einschliesslich der Saisonarbeiter) waren am Stichtag 6447 (6189) erwerbstätig, wobei hier die Grenzgänger aus der Schweiz und aus Österreich nicht zugerechnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Zunahme um 258 Personen oder um 4,2 Prozent zu verzeichnen. Von 6447 erwerbstätigen Ausländern arbeiten 5809 (5577) in Liechtenstein, während 638 (612) als Grenzgänger in der Schweiz tätig sind.

Ab 1987 müssen Bauern die Milchproduktion einschränken

Der Landtag befasste sich in erster Lesung mit der Gesetzesvorlage zur Kontingentierung der Milchproduktion

Die Milchproduktion in Liechtenstein wird künftig in gesetzlichen Bahnen gelenkt werden. Eine entsprechende Gesetzesvorlage zur Milchkontingentierung hat der Landtag am Mittwoch im Rahmen der ersten Lesung eingehend diskutiert, wobei die Notwendigkeit dieser seit längerem fälligen Massnahme grundsätzlich nicht bestritten wurde. Allerdings sprachen sich einzelne Abgeordnete für die Ausarbeitung eines langfristigen Landwirtschaftskonzeptes aus. Das Gesetz soll in der Dezembersitzung verabschiedet und zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten.

In der zeitraubenden Debatte über die Milchkontingentierung forderten vor allem die VU-Abgeordneten Günther Wohlwend, Dr. Helmuth Matt und Hermann Hassler mehr Daten und ergänzende Erklärungen von der Regierung, um sich einen besseren Einblick in die ganze Problematik der Kontingentierung zu verschaffen. Günther Wohlwend, der die Regierungsvorlage als «Nullachtsieben-Bericht» taxierte, beharrte bis zum Schluss auf seinem Nichteintretensantrag, der vom Parlament jedoch abgelehnt wurde. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als zuständiger Ressortinhaber betonte diesbezüglich, dass gewisse Daten mit Rücksicht auf die Bauernschaft bewusst in den Regierungsbericht nicht aufgenommen wurden, sicherte den Votanten aber zu, innert zwei Wochen einen Ergänzungsbericht nachzuliefern. Der VU-Abgeordnete und Landwirt Beat Hasler bewertete die Gesetzesvorlage als einfache und faire Lösung und sah in der Milchkontingentierung die einzige Möglichkeit, das Überschussproblem zu lösen. Zur Einkommenssicherung könnte seiner Meinung nach eine Produktionsausweitung im Getreide- und Gemüseanbau beitragen.

Landwirtschaftliches Leitbild erstellen
In den Voten von Georg Vogt (VU),

der in der Kontingentierung einen weiteren Schritt in den Dirigismus sah und als Alternative die von Bauern jedoch abgelehnten Direktzahlungen ansprach, sowie von Heinz Ritter (FBP) kam auch deutlich der Wunsch nach einem landwirtschaftlichen Gesamtkonzept zum Ausdruck, wobei Ritter vor allem auf die Landwirtschaftszone und die Überprüfung der heutigen Subventionspraxis verwies. In diesem Zusammenhang nannte FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann auch ein Postulat der FBP, in dem die Regierung zur Erstellung eines landwirtschaftlichen Leitbildes für unser Land eingeladen wird. Für ein Eintreten auf die Vorlage votierten auch die FBP-Abgeordneten Johann Kindler, Louis Gass-

ner und Josef Büchel. Johann Kindler verwies darauf, dass der von der Regierung geäusserten Hoffnung um umweltfreundlichere Produktion auch Taten folgen müssten, während Landtagsvizepräsident Josef Büchel davon sprach, dass das Problem der ausbaufähigen Betriebe wohl noch einige Fragen aufwerfen werde. Zudem schien ihm, dass nach der in der Vorlage aufgeführten Staffelung der kleineren Betriebe gegenüber dem grösseren unverhältnismässig betroffen sei. Louis Gassner beantragte schliesslich, zu überprüfen, ob Berggemeinden wie Triesenberg ohne Unterschied zu Talgemeinden der Milchkontingentierung zu unterstellen seien. Des weiteren verlangte er eine Überprüfung der Möglichkeit, die Alpen-

milchproduktion vollständig von der Kontingentierung auszuschliessen.

Bauernschaft zeigte Verständnis
Weil trotz der Masshalteappelle eine massive Produktionssteigerung festgestellt werden musste (in diesem Jahr rechnet man mit 13,3 Mio. kg Milch), aber auch aus Rücksicht auf den Vertragspartner Schweiz, müsse der Schritt zur Kontingentierung getan werden, betonte Dr. Herbert Wille. Ein weiteres Zuwarten würde nur zu neuen Unsicherheiten führen, und zudem hätte die Bauernschaft Verständnis für die Massnahmen aufgebracht. Die Zielsetzung, einen gesunden Bauernstand mit einem gesicherten Einkommen zu erhalten, bleibe gegeben. (mö)

Förderung des öffentlichen Verkehrs im Mittelpunkt

Podiumsdiskussion über mögliche Massnahmen - Landtag überwies Postulat über Nulltarif an Regierung

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs steht gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses politischer Kreise wie auch Gruppen in der Bevölkerung. Am Mittwochabend fand eine Podiumsdiskussion mit Regierungsrat Wilfried Büchel und Verkehrsexperten statt, am Nachmittag war im Landtag ein Postulat der VU-Fraktion über eine sechsmonatige Versuchsphase für den Nulltarif überwiesen worden.

Unter dem Titel «Spurenwechsel» in unserer Verkehrspolitik» stellte ein Ex-

perte der Planungsfirma Metron vor Wochenfrist Möglichkeiten und Varianten für die Förderungen des öffentlichen Verkehrs vor. Am Mittwochabend nun diskutierten Regierungsrat Wilfried Büchel und Verkehrsexperten diese Vorschläge mit dem Publikum. Aus der interessanten Diskussion schälte sich die Erkenntnis heraus, dass dem öffentlichen Verkehr ein besserer Platz in unserer Verkehrspolitik eingeräumt werden sollte.

Im Landtag gab der VU-Abgeordnete Dr. Helmuth Matt die Erklärung ab, dass

Erfahrungen mit dem Nulltarif gesammelt werden sollten, um nachher geeignete Schritte zur Förderung des öffentlichen Verkehrs unternehmen zu können. Auch FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann sprach sich für die Überweisung des Postulates an die Regierung aus, gab aber einige Fragen zu bedenken: Ist der Zeitpunkt der Versuchsphase richtig?

Genügt eine sechsmonatige Testphase oder müsste der Versuch nicht wenigstens auf ein Jahr verlängert werden?



An einer gut besuchten Podiumsdiskussion in Schaan wurden Probleme des Verkehrs und der Förderung des öffentlichen Verkehrs diskutiert. Neben Regierungsrat Wilfried Büchel nahmen daran als Experten Gilbert Beck (ATC), Norbert Brunhart (Verkehrsclub), Karl Koster (PTT), Hanno Konrad (Planungsgruppe Schaan), Werner Kutschera (Bauamt), Wilfried Marxer (LGU) und Hannes Müller (Metron-Projektverfasser) teil. (Bild: Brigitt Risch)

Junge FBP:

Einladung an alle Mandatare der FBP

Gemütlicher Nachmittag im Gemeindesaal Schellenberg

Die Junge FBP veranstaltet am Sonntag, 16. November, von 15 bis 19 Uhr im Gemeindesaal von Schellenberg ein geselliges Stelldichein für ehemalige und derzeitige Mandatare und Funktionäre der FBP auf Landes- und Gemeindeebene.

Unsere Einladung richtet sich an alle ehemaligen und derzeitigen Landtags- und Regierungsmitglieder, Aufsichtsräte, Vorsteher und Gemeinderäte, Mitglieder von Kommissionen sowohl auf Landes- wie auch auf Gemeindeebene, Parteifunktionäre, Delegierte und Ortsgruppenvorstände unserer Partei. (Hierzu werden keine persönlichen Einladungen verschickt, es wird lediglich durch die Zeitung eingeladen.)

Dieses gemütliche Zusammensein bietet nicht nur Gelegenheit zum persönlichen Gespräch, sondern wird auch von Jugendvereinen musikalisch umrahmt. Es wirken mit: die Jugendmusik Eschen, der Kinderchor Schellenberg und die Tambouregruppe Vaduz. Es würde uns freuen, zahlreichen Besuch in Schellenberg begrüssen zu dürfen.

Junge FBP

Tebiva
Richard Biedermann
Büromöbel
Teppiche
Inneneinrichtungen
9490 Vaduz · Kirchstrasse 59
Telefon 075/2 54 29

7.
TRIESENBERGER
WEIHNACHTSMARKT
28./29./30. November